

Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (1999)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Artikel: Geschäftsbericht der Universität Bern

Autor: Schäublin, Christoph

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-418362>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1. Geschäftsbericht der Universität Bern

Rektor: Prof. Dr. Christoph Schäublin

1.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Auch das Akademische Jahr 1998/99 war durch das Bestreben gekennzeichnet, das neue Universitätsgesetz mit allen seinen Konsequenzen einzuführen. Insbesondere trat am 1. September 1998 die Verordnung über die Universität in Kraft. Sie regelt – neben Zulassung, Planung, Berichtswesen und Gebühren – zumal Fragen der Anstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Universität weitere Verantwortungen übertragen werden konnten. Im Übrigen hat der Regierungsrat von seinem Recht, neue Dozierenden-Kategorien zu schaffen, Gebrauch gemacht und die ausserordentliche Professur wieder eingeführt. Grosse Bedeutung wird man dem Umstand beimessen, dass die Universität seit dem vergangenen Jahr über eine «interne Verwaltungsjustizbehörde» in der Form einer Rekurskommission verfügt.

Die im Universitätsstatut vorgesehenen Kommissionen haben ihre Arbeit aufgenommen; ihre Geschäftsordnungen bzw. Reglemente wurden vom Senat genehmigt. Dieser hat insgesamt fünfmal getagt und eine Vielzahl gewichtiger Geschäfte verabschiedet. In zwei Lesungen fasste er sich mit dem Leitbild der Universität. Ein solches ist erstmals in der Geschichte der Universität Bern erarbeitet worden. Es erhebt den Anspruch, das Selbstverständnis der Universität als einer Universität nach innen zu festigen und ihr Wesen und ihre Eigenart nach aussen deutlich zur Geltung zu bringen und überdies die Ziele zu umreissen, auf die hin die künftige Entwicklung ausgerichtet sein soll. Am 2. Februar 1999 hat der Senat das Leitbild gutgeheissen; am 23. Juni 1999 wurde es vom Regierungsrat beschlossen.

Parallel zur Einführung des Universitätsgesetzes wurde die bereits in früheren Berichten erwähnte Portfolio-Analyse weitergeführt. Sie hat also erheblich länger gedauert als ursprünglich angenommen. Zum Ende des Akademischen Jahres lagen sämtliche Ergebnisse beschlussreif vor.

Infolge der Verkürzung der gymnasialen Ausbildung um ein Jahr werden im Jahre 2001 gleichzeitig zwei Jahrgänge zu den Maturitätsprüfungen antreten. Angesichts dessen hat die Universitätsleitung die Planungskommission beauftragt, die zu erwartenden Konsequenzen zu prüfen und ihr geeignete Massnahmen zur Behebung allfälliger Engpässe vorzuschlagen. Die Ergebnisse der Abklärungen sind in einem Bericht der Universitätsleitung zuhanden der Erziehungsdirektion vom Juni 1999 zusammengefasst worden. Daraus geht hervor, dass im Jahre 2001 mit gegen 1000 zusätzlichen Studienanfängerinnen und -anfängern zu rechnen und dass eine solche Zunahme mit den vorhandenen Mitteln nicht zu verkraften ist. Folgerichtig hat die Universitätsleitung bei der Erziehungsdirektion bzw. beim Regierungsrat für die Jahre 2001 bis 2006 zusätzliche Mittel in erheblichem Umfang beantragt (50 Mio. Fr.). Zu Beginn des Jahres 1999 wurde vom Schweizerischen Nationalfonds das Programm der nationalen Forschungsschwerpunkte ausgeschrieben. Für die Universität Bern stand von Anfang an fest, dass es ihr Bestreben sein müsse, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen und zumindest für einen der Schwerpunkte die Rolle des leading house zu übernehmen. Nach einem aufwändigen Verfahren beschloss die Universitätsleitung, dem Nationalfonds gegenüber Unterstützungszusagen für insgesamt neun Anträge abzugeben. Im Rückblick darf festgehalten werden, dass die Auseinandersetzung mit dem neuen Programm durchaus zu gewissen strategischen Festlegungen der Universität im Bereiche der Forschung geführt hat.

Am 2. Februar 1999 hat der Senat erstmals eine Stiftung der Universität Bern errichtet: die «World Trade Institute Foundation». Zweck dieser Stiftung ist es, die Gründung eines «World Trade Institute (WTI)» vorzubereiten. Dieses soll der interdisziplinären rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet des Welthandelsrechts dienen und – in Zusammenarbeit mit andern Universitäten der Schweiz und mit Hilfe eines internationalen Lehrkörpers – insbesondere einen einjährigen Nachdiplom-Lehrgang in englischer Sprache anbieten.

Die Universität sieht sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf verschiedene Partnerinnen und Partner angewiesen. Zusammenarbeit findet zunächst einmal mit andern Universitäten statt, und zwar überall dort, wo sich ein gemeinsamer Nutzen anbietet. Besondere Erwähnung verdient natürlich der BENEFR-Verband, und auf guten Wegen scheint sich ferner das Projekt VETSUISSE zu befinden, das heisst die Zusammenführung der veterinärmedizinischen Fakultäten der Universitäten Bern und Zürich. Die anstehende Konkretisierung dieses Projektes wird wesentlich bestimmt sein durch die Ergebnisse einer für die nächsten Monate geplanten Evaluation durch ein internationales Expertengremium. Erfreulich entwickelt haben sich auch die Beziehungen zur Berner Fachhochschule. Gemeinsam versucht man die Bereiche zu definieren, in denen ein Zusammengehen für beide Seiten von Nutzen sein könnte. Einen exemplarischen Charakter weisen die Vereinbarungen auf, welche die Universität erstens zu Gunsten des Instituts für Musikwissenschaft mit dem vormaligen Konservatorium für Musik und Theater Bern, dem vormaligen Konservatorium für Musik Biel und der Swiss Jazz School Bern und zweitens zu Gunsten des Instituts für Theaterwissenschaft mit dem vormaligen Konservatorium für Musik und Theater Bern abgeschlossen hat. In beiden Fällen geht es darum, Studiengänge für Absolventinnen und Absolventen der jeweils andern Institution unter bestimmten Bedingungen zu öffnen und in einer gemeinsamen Entwicklungsperspektive klar festzulegen, wo die verschiedenen Kompetenzen angesiedelt bzw. anzusiedeln sind und wer in Zukunft wofür verantwortlich sein soll.

Unter strikter Wahrung der Freiheit von Forschung und Lehre sucht die Universität Bern stets auch nach Möglichkeiten, die Ergebnisse ihrer Forschung potenziellen Benutzerinnen und Benutzern zur Verfügung zu stellen und generell Partnerschaften mit Wirtschaftsunternehmen einzugehen, wann und wo immer es gelingt, den spezifischen Anliegen beider Seiten gerecht zu werden. Solche Aktivitäten bedürfen freilich der kompetenten Betreuung. Deswegen hat der Senat auf Antrag der Universitätsleitung am 2. Februar 1999 beschlossen, die Universität Bern solle gemeinsam mit der Universität Zürich eine nicht gewinnorientierte Wissens- und Technologietransfer-Firma gründen (Unitectra AG). Mittlerweile hat die Unitectra AG ihre Arbeit aufgenommen, und schon bald wird sie in einen kantonalen und einen nationalen Verbund eintreten. Die Universität Bern will sich nämlich am «Vermittlungszentrum für den Wissenstransfer Wissenschaft – Wirtschaft innoBE AG» beteiligen, ferner an der Stiftung «Schweizerisches Netzwerk für Innovation (SNI)».

* Gemäss Artikel 106 der Universitätsverordnung bezieht sich der Geschäftsbericht hinsichtlich der Finanz- und Leistungskennzahlen auf das Kalenderjahr (1999), hinsichtlich der akademischen Belange auf das Akademische Jahr (1.9.1998 bis 31.8.1999).

1.2 **Berichte der Fakultäten und weiterer Organisationseinheiten**

1.2.1 **Evangelisch-theologische Fakultät**

Schwerpunkte der Tätigkeit: 1. Administration: Nach Abschluss der Portfolio-Analyse konnte die Fakultät nunmehr auch ihr neues Studien- und Prüfungsreglement rückwirkend auf 1. September 1999 in Kraft setzen. 2. Forschung: Das Biblische Institut nimmt seit zwei Jahren an einem Grabungsprojekt in Kinneret (Israel) teil. Nach viel versprechenden Funden in den beiden Kampagnen darf man auf weitere positive Überraschungen gespannt sein. 3. Lehre: Die Fakultät koordinierte im Sommersemester 1999 mehrere Lehrveranstaltungen zum Thema «Tod». Aus Anlass des 70. Geburtstages von Herrn Professor Theophil Müller führte die Fakultät vom 12. bis 14. September 1999 ein Symposium zum Thema «Gottesdienst in einer pluralistischen Welt» durch.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung auf inter fakultärer Basis: Die Fakultät arbeitet im Rahmen einer inter fakultären Professur für Religionswissenschaft mit der philosophisch-historischen Fakultät zusammen. National arbeitet sie bei nunmehr drei BENEFRI-Konventionen mit. International liegt ihr Schwerpunkt auf Osteuropa. Ihre Partnerschaftsabkommen mit theologischen Fakultäten in Sibiu (Rumänien) und Budapest sowie in USA und Japan setzt sie durch einen regen Dozierenden-, Doktorierenden- und Studierendenaustausch um. Im abgelaufenen Sommersemester weilte Herr Professor Miyatani von der Partnerfakultät in Nishinomiya zu einem Gastforschungsaufenthalt in Bern. Die Fakultät führte in der Woche vom 7. bis 11. Juni gemeinsam mit Dozierenden der Partnerfakultäten in Sibiu eine hochschuldidaktische Woche durch, die zu einer effektiven Fortbildung der Dozierenden führte.

Nachwuchsförderung und Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Das einzige Bundesnachwuchsstipendium, über welches die Fakultät zurzeit verfügt, geht im Jahr 1999 an eine Frau. Zudem werden speziell Frauen von der Kirche durch ein Promotionsstipendium gefördert. Die Fakultät verfügt im Rahmen ihrer Professuren und Assistenzen über den höchsten Frauenanteil aller Fakultäten. Der Regierungsrat hat am 9. Juni 1999 Frau Karénina Kollmar-Paulenz zur ordentlichen Professorin für Religionswissenschaft ernannt, sodass die Fakultät ab Wintersemester 1999/2000 über vier Professorinnen verfügt.

Qualitätssicherung: Erste Evaluationen wurden in drei Fachdisziplinen durchgeführt. Die Auswertungen und Erfahrungen werden in die Arbeit der Fakultät miteinbezogen.

Strategische Fakultätsplanung: Im abschliessenden Bericht der Portfolio-Analyse wurde die Fakultät beauftragt, Kooperationsmöglichkeiten mit anderen schweizerischen theologischen Fakultäten zu überprüfen. Zurzeit überprüft das Dekanat in Gesprächen an verschiedenen Orten intensiv konkrete Möglichkeiten und hat am Ende des Sommersemesters zum Thema «Zukunftsperspektiven der Fakultät» eine Plenumsveranstaltung durchgeführt.

1.2.2 **Christkatholisch-theologische Fakultät**

Aktuelle Situation: Die Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Systematische Theologie – einer der beiden vollamtlichen Professuren der Fakultät – ist von der Erziehungsdirektion auf Grund eines Strukturberichts und in Übereinstimmung mit der Portfolio-Analyse der beiden theologischen Fakultäten genehmigt worden. Die Emeritierung von H. Aldenhoven musste um ein Jahr hinausgeschoben werden. Die eine der nebenamtlichen Professuren (Ökumenische Theologie) ist mit der Emeritierung von A. Kallis ebenfalls neu zu besetzen, wobei der einzigartige Umstand, dass sie von einem orthodoxen Theologen wahrgenommen wird, nicht mehr weitergeführt werden kann. Neu ist ein Nachdiplom-Studiengang («Vertiefungsstudium») eingeführt worden, der Studierende aus dem

Ausland mit anderen Ausbildungstraditionen auf ein allfälliges Doktorat vorbereiten soll.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Als Schwerpunkte in der Forschung sind weiterhin Altkatholizismus-Forschung und das theologische Gespräch zwischen den westlichen Kirchen und der östlich-orthodoxen Kirche zu erwähnen.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Die bewährte Zusammenarbeit mit der evangelisch-theologischen Fakultät ist in der Portfolio-Analyse im Detail festgestellt worden. Die Kooperationsvereinbarung mit der Christlich-theologischen Akademie in Warschau und das Viererabkommen unter den theologischen Fakultäten von Bern und von Sibiu ermöglichen fruchtbare Kontakte auf der Ebene von Dozierenden und Studierenden.

Nachwuchsförderung: Sie ist wegen völlig fehlender Mittel nach wie vor nicht möglich.

Qualitätssicherung: Eine erste Evaluation wurde in einer Fachdisziplin durchgeführt.

1.2.3 **Rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät**

Aktuelle Situation: 1. Struktur: Im Herbst 1998 wurde die rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät (RWW-Fakultät) im Rahmen der Aufgabenüberprüfung einer Portfolio-Analyse unterzogen. Die Stellungnahme der Fakultät liegt seit Ende des Wintersemesters vor. Sie zielt auf Optimierung des Ressourceneinsatzes einerseits und auf eine Neugestaltung des juristischen Studiengangs andererseits. Allerdings vermag diese interne Optimierung die Unter Ausstattung der Fakultät naturgemäss nicht zu beseitigen. Auch ist nicht zu übersehen, dass qualitative Verbesserungen des Lehrangebots durch Unterricht in Kleingruppen den Ressourcenbedarf eher ansteigen lassen. 2. Personal: Professor Harris Dellas hat als Nachfolger von Professor Peter Kugler am 1. Oktober 1998 sein Amt als Ordinarius für angewandte Makroökonomie und Mitdirektor des Volkswirtschaftlichen Instituts angetreten. Zu Beginn des Sommersemesters hatte die Fakultät den Hinschied ihres nebenamtlichen Extraordinarius Professor Walter Wasserfallen zu beklagen. Herr Professor Wasserfallen war langjähriger Vertreter der nebenamtlichen Dozierenden der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung in der Fakultät. Er verstarb im 54. Lebensjahr nach längerer schwerer Krankheit. An der Promotionsfeier der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung wird künftig ein Walter-Wasserfallen-Preis für die beste Lizentiatsarbeit im Bereich Finanzmanagement vergeben werden. Die erste Preisübergabe erfolgte am 24. Juni 1999 an Herrn Erich Vontobel für seine Arbeit «Währungsrisiken – eine empirische Studie».

Schwerpunkte der Tätigkeit in der Lehre: In der Lehre ist die Situation an der RWW-Fakultät seit Jahren geprägt von einer permanenten Überlastsituation. Angesichts dieser Tatsache muss für die Fakultät die Erhaltung einer akzeptablen Ausbildungsqualität im Vordergrund stehen. Die Fakultät ist dankbar, dass sie aus den Mitteln des Universitätspools Personalpunkte zugewiesen erhält, mit deren Hilfe insbesondere die Position des oberen Mittelbaus verstärkt und die Ausbildungsqualität durch ein zusätzliches Angebot von Seminarveranstaltungen gesteigert werden kann. Im Berichtsjahr haben 136 Studierende in Wirtschaftswissenschaften, 5 in Sozialwissenschaften, 4 im Studiengang Handelslehrer und 184 in Rechtswissenschaften das Lizentiat erworben. An der juristischen Abteilung haben 14 Absolventinnen und Absolventen den Dokortitel erworben; an der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung waren es 20. Die Zahl der Habilitationen ist im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen; insgesamt hat die Universitätsleitung auf Antrag der Fakultät dreimal die *venia docendi* vergeben, und zwar einmal für Betriebswirtschaftslehre, einmal für Volkswirtschaftslehre und einmal für Soziologie.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Mit 2889 Studierenden, wovon 1507 in der juristischen Abteilung und 1382 in der wirt-

schaftswissenschaftlichen Abteilung eingeschrieben sind, ist die RWW-Fakultät im Wintersemester 1998/99 erneut angewachsen. Für das Wintersemester 1999/2000 hat die Zahl der Voranmeldungen, insbesondere in der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung mit 77 zusätzlichen Voranmeldungen nochmals zugenommen. Besonders problematisch sind die 255 Voranmeldungen für das Fach Betriebswirtschaftslehre, welches mit sieben Lehrstühlen ausgestattet ist. Die daraus resultierenden Betreuungsverhältnisse belegen eine Überlastsituation, wie sie in der Schweiz sonst kaum zu finden ist.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Sowohl national wie international hat die Mobilität unter den Studierenden zugenommen. Die Möglichkeiten für Berner Studierende an ausländischen Universitäten an einem Austauschprogramm teilzunehmen sind weiter ausgebaut worden. Die Kontakte mit Universitäten in Deutschland, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, den Niederlanden, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien und den USA wurden vertieft.

1.2.4 Medizinische Fakultät

Aktuelle Situation: Von Frühjahr bis Herbst 1999 standen der medizinischen Fakultät wegen des krankheitsbedingten Ausscheidens des Dekans und personeller Umbesetzung in der Fakultätsleitung ein interimistischer Dekan und eine interimistische Leitung vor. Trotz dieser Situation konnten wichtige, zukunftsgerichtete Projekte zu Ende geführt oder angegangen werden.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Etwa 1200 Studierende der Humanmedizin und 130 Studierende der Zahnmedizin werden an der medizinischen Fakultät ausgebildet. Pro Jahr werden 160 neue Studierende aufgenommen, davon 125 in der Human- und 35 in der Zahnmedizin. Schwerpunkt der Lehrtätigkeit ist die Studienreform. Die Pilotphase des neuen Curriculums des 1. Studienjahres ist zu Ende gegangen, sodass ab Wintersemester 1999/2000 alle neu eintretenden Medizinstudierenden nach dem Reformcurriculum unterrichtet werden. Auch das 2. Jahr ist jetzt vollkommen reformiert. Durch die neue Unterrichtsform werden die Studierenden individueller betreut; das Selbststudium nimmt einen wesentlichen Platz ein, wodurch die Selbstverantwortung gefördert wird. Das Medizinstudium ist von seiner früheren Fachbezogenheit in eine fächerübergreifende, problemorientierte Form überführt worden. Soziale, ethische, ökologische und ökonomische Aspekte erhalten einen neuen Stellenwert.

Zur Strukturierung der *Zusammenarbeit zwischen Fakultät und Universitätsspital* hat eine Gruppe, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Kantons, des Inselspitals und der Fakultät, Berichte ausgearbeitet, die vom Regierungsrat zustimmend zur Kenntnis genommen wurden. Am 1. April 1999 wurde die Departmentalisierung des Inselspitals umgesetzt: Die 35 Kliniken und Institute wurden in zehn teilautonome Departemente zusammengeschlossen. Dadurch sollen die Betreuung von Patientinnen und Patienten optimiert und günstige Voraussetzungen für die interdisziplinäre Lehre und Forschung geschaffen werden. Die Fakultät muss jedoch der Tendenz zu einer vorwiegend dienstleistungsorientierten klinischen Medizin mit besonderer Förderung von Spezialgebieten ein lehr- und forschungsorientiertes Gegengewicht entgegenhalten. In der Berichtszeit ist auch der Rahmenvertrag zwischen dem Regierungsrat und der Inselspital-Stiftung fertig gestellt worden. Dieser legt das Primat der Lehre am Universitätsspital fest und ermöglicht das Erproben und Einführen neuer Finanzierungsmodelle für Lehre und Forschung. Im Übrigen hat die Fakultät im Berichtsjahr ein neues Fakultätsreglement geschaffen. Darauf basierend wurde auch das Habilitationsreglement überarbeitet.

Forschung: Im November 1998 wurde das Departement Klinische Forschung (DKF) auf eigenes Verlangen von externen Experten als Ganzes begutachtet, und es wurde eine Reihe von Projekten durchleuchtet. Neben Lob für das Konzept des DKF und seine For-

schungsgruppen wurde auch durchaus offene und konstruktive Kritik geäussert. Das DKF hat Nachwuchsförderung als vornehmlichste Zielsetzung. Im letzten Studienjahr liefen diese Aktivitäten auf zwei Ebenen: einerseits Karriereplanung im Gespräch zwischen den Ko-Direktoren und den Nachwuchsleuten, andererseits Unterstützung für Forschungs-Auslandsaufenthalte und Dienstbefreiungen bis zu sechs Monaten.

Qualitätssicherung: Die Qualitätssicherung in der Lehre hat durch häufige, bilaterale Evaluationen von Studierenden und Dozierenden an Bedeutung und Effizienz gewonnen. Wie die vier anderen medizinischen Fakultäten der Schweiz hat sich auch die Berner Fakultät einer von ausländischen Experten durchgeführten Pilotakkreditierung ihres Lehrganges unterzogen. Sowohl die Vorbereitung wie die 2½ Besuchstage der Experten waren sehr lehrreich. Der Akkreditierungsbericht hat Stärken und Schwächen aufgezeigt und wichtige Anregungen für die zukünftige Gestaltung des Medizinstudiums erbracht. Sehr positiv wurde die in der Vorklinik bereits eingeführte Reform beurteilt. Hingegen bedarf die Rolle der Fakultät in den klinischen Jahren einer besonderen Aufmerksamkeit.

Die *Perspektiven* der medizinischen Fakultät können einerseits dank der Stärkung der Forschung durch das DKF und dank dem frischen Wind, der mit dem Reformcurriculum aufgekommen ist, als erfreulich betrachtet werden. Die Weiterführung der Studienreform über das 2. Jahr hinaus ist ein dynamischer, zukunftsorientierter Prozess. Andererseits wirkt die schlechte finanzielle Lage des Kantons demotivierend. Besonders der klinische Teil der Fakultät verliert für den eigenen Nachwuchs wie für auswärtige Kapazitäten an Attraktivität. Hier müssen Fakultätsleitung, Fakultät, Universität und Universitätsspital ihre Verantwortung wahrnehmen und ihre gemeinsamen Interessen mit Vehemenz vertreten zum Vorteil des universitären Standortes Bern.

1.2.5 Veterinär-medizinische Fakultät

Aktuelle Situation: In unserer unruhigen Zeit bekam auch die veterinär-medizinische Fakultät im vergangenen Berichtsjahr den Zeitgeist zu spüren, indem fundamentale Umwälzungen im Gang sind.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Auf den 1. November 1999 wurde die Verordnung über die Erprobung eines besonderen Ausbildungs- und Prüfungsmodells an der veterinär-medizinischen Fakultät der Universität Bern in Kraft gesetzt. Damit konnte das Akademische Jahr 1999/2000 mit einem neuen, grundlegend veränderten Curriculum begonnen werden. Das war erforderlich, nachdem infolge der Einführung der Studienreform an der medizinischen Fakultät die Studierenden der Veterinärmedizin dort ihren bisher angestammten Platz verloren hatten. Es gilt nun, den nicht zu unterschätzenden Aufwand für die parallele Durchführung des konventionellen und des neuen Studienplanes während einer Übergangsphase zu bewältigen. Gleichzeitig mit der Einführung des neuen Studienganges musste wegen der hohen Zahl an Bewerbungen – erstmals in der Geschichte der Fakultät – eine Studienplatzbegrenzung auf der Basis eines Eignungstestes durchgeführt werden.

Qualitätssicherung: Ständig wird eine Evaluation der Dienstleistungen und der Forschung vorgenommen. Im Rahmen von Akkreditierungsprozessen (SAS) führen diverse Institute laufend qualitätssichernde und qualitätsverbessernde Audits durch. Die Lehre wird durch einen grossen Teil der Dozierenden mit einem semi-standardisierten Fragebogen evaluiert. Die Auswertung erfolgt noch individuell. Geplant ist das Einschleusen der einzelnen Evaluationsergebnisse in einen qualitätsverbessernden Steuerungsprozess auf Fakultätssebene.

Preise/Ehrungen: Den ehrenvollen Fakultätspreis erhielt 1999 Frau Dr. Heike Schmidt vom Zentrum für Fisch- und Wildtiermedizin des Instituts für Tierpathologie.

Strategische Fakultätsplanung: Die Entwicklung unserer Fakultät basiert auf einem strategischen Plan, der weitestgehend auch die Grundlage für das Zielformat der Fakultät ist. Pläne, die auch

mit dem Projekt VETSUISSE kompatibel sind, werden schrittweise umgesetzt. So wurde im Berichtsjahr mit Prof. Dr. Marc Vandeveld der Direktor für das zum 1. März 2000 zu realisierende Departement für klinische Studien gewählt.

1.2.6 Philosophisch-historische Fakultät

Aktuelle Situation: Die Fakultät stand 1998/99 im Zeichen besonderer struktureller Veränderungen. Neben der Neugliederung in Departemente und Institute wurden eine Geschäftsordnung, ein neues Fakultätsreglement, ein neues Studien- und Prüfungsreglement (RSP) sowie neue Studienpläne in allen 19 Instituten erarbeitet und in Kraft gesetzt. Grundlagen waren ein Musterstudienplan für ein 3-Fach-Studium, ausgelegt auf zehn Semester mit verbindlichen Prüfungsblöcken, sowie die Einführung des European Credit Transfer Systems (ECTS).

Schwerpunkte der Tätigkeit, Zusammenarbeit in Lehre und Forschung, Nachwuchsförderung: Die Fakultät war in Forschung und Lehre 1998/99 national und international stark vertreten. Professorinnen- und Professorenschaft sowie Mittelbau konnten in 186 Einzelkrediten eine Gesamtsumme von über 7,5 Mio. Franken an Drittmitteln einwerben; grosse Teile davon flossen in Nachwuchsförderung und Programme für Doktorandinnen und Doktoranden. Verschiedene Institute und Professuren organisierten in diesem Jahr nationale und internationale Konferenzen, Ausstellungen und Begegnungen in Bern, wobei Mittelbau- und Nachwuchsförderung besonderes Augenmerk genossen. Hervorzuheben sind: Internationales Paul Klee-Symposium, 16./17. Oktober 1998 (Prof. O. Bätschmann, Institut für Kunstgeschichte); Veranstaltungsreihen, Buch- und Ausstellungsprojekte 1999 zu «Berns grosse Zeit – das 15. Jahrhundert neu entdeckt» (Prof. em. Ellen J. Beer, Prof. N. Grammatici, Institut für Kunstgeschichte, Prof. R.C. Schwinges, Historisches Institut, in Zusammenarbeit mit vielen Institutionen in Stadt und Kanton Bern); Ausstellung «Die Hagia Sophia in Istanbul. Bilder aus sechs Jahrhunderten und Gaspere Fossatis Restaurierung der Jahre 1847 bis 1849», 12. Mai bis 11. Juli 1999 im Bernischen Historischen Museum (Prof. V. Hoffmann, Institut für Kunstgeschichte); Internationales Symposium «Innovationsräume in Geschichte und Gegenwart», 3./4. Juni 1999 (Prof. R.C. Schwinges, Historisches Institut, Prof. P. Messerli, Institut für Geographie, im Auftrag der Akademischen Kommission); Ausstellung «Ferdinand Hodler – Aufstieg und Absturz», 25. Juni bis 31. Oktober 1999 im Schweizerischen Alpen Museum, Bern (Dr. Joh. Nathan, Institut für Kunstgeschichte); Internationaler Kongress «Die «Denkmalpflege» vor der Denkmalpflege», 30. Juni bis 3. Juli 1999 (Prof. V. Hoffmann, Institut für Kunstgeschichte); Internationale Tagung «The Shadows of Total War. Europe, East Asia and the United States, 1919–1939», 25. bis 28. August 1999 in Münchenwiler (Prof. St. Förster, Historisches Institut, und Prof. R. Chickering, Georgetown University, Washington DC).

Studienverhältnisse: Trotz aller Massnahmen bereitet die Platzknappheit in verschiedenen Fächern der Fakultät noch immer grösste Sorgen. Insbesondere haben Psychologie und Ethnologie, aber auch Theater- und Geschichtswissenschaft seit Jahren mit Überlast zu kämpfen.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Von vier zu besetzenden Professuren gingen in diesem Jahr drei an Frauen: für Religionswissenschaft, Französische Literatur sowie für Neueste allgemeine Geschichte.

Qualitätssicherung: Die Fakultät hat mit Evaluierungen zur Qualitätssicherung der Lehre begonnen.

Strategische Fakultätsplanung: Die Fakultät befindet sich insgesamt in einer Umbruchs- und Erneuerungsphase, auch personeller Art. Folgende Professuren konnten neu eingerichtet oder wieder besetzt werden: für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte (zusammen mit der phil.-nat. Fakultät), für Religionswissenschaft (zusammen mit der ev.-theol. Fakultät), für Französische

Literatur sowie für Neueste allgemeine Geschichte. Noch im Gange sind die Ernennungsverfahren in den Fachgebieten Deutsche Sprache und Neuere Deutsche Literatur, Ethnologie, Islamwissenschaft, Italienische Sprache und Spanische Sprache, Psychologie, Pädagogik sowie Slavistik, letztere im Verbund mit der Universität Freiburg.

1.2.7 Philosophisch-naturwissenschaftliche Fakultät

Aktuelle Situation: Die Fakultät erarbeitete Grundlagen zu neuen Fakultätsstrukturen, wie sie im Rahmen der Portfolio-Analyse vorgeschlagen wurden. Dabei stehen Neugründungen und Schliessungen von Instituten sowie Abschaffung, Neuschaffung und Revision von Studiengängen im Vordergrund.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Ein wesentlicher Punkt war die Verabschiedung des Reglementes über das Studium und die Prüfungen (RSP99), welches eine Straffung der Studien (Verkürzung der Studienzeiten) sowie eine innerfakultäre Angleichung der Studien, Prüfungen und Ausweise anstrebt. Die elektronische Erfassung von Studiendaten, Prüfungsergebnissen sowie das Erstellen der Studienausweise von Vor- und Abschlussprüfungen sämtlicher Studierender erfolgt neu zentral auf dem Dekanat.

Die Studienpläne und die dazugehörigen Prüfungsreglemente für alle Studienrichtungen müssen an das neue RSP angepasst werden und sind gegenwärtig in Bearbeitung.

In der Forschung wird eine Konsolidierung der fakultären Schwerpunkte in den Instituten und Departementen angestrebt.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Trotz leichtem Rückgang der Zahlen der Erstsemestrigen in der Biologie bleibt die Situation in Biologie und Geografie prekär. Mit Sorge blickt die Fakultät dem doppelten Maturandenjahrgang 2001 entgegen.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Die Besetzung der Professur für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte (Philosophie; Prof. G. Grasshoff) erlaubte, den Brückenschlag zur philosophisch-historischen Fakultät zu intensivieren. Gegenwärtig sind Gespräche im Gange mit dem Ziel, ein Departement für Zellbiologie gemeinsam mit der medizinischen und der veterinärmedizinischen Fakultät zu bilden. Dieses Departement sollte eine Ausbildung in medizinischer Biologie und Mikrobiologie-Immunologie ermöglichen und dadurch das platzknappe Fach Biologie entlasten und ohne zusätzliche Mittel einen Schwerpunkt «Zellbiologie» schaffen.

Trotz unterschiedlichen Ausgangslagen erfolgt gegenwärtig eine Konsolidierung der Zusammenarbeit mit den BENEFRI-Partneruniversitäten. Dies gilt speziell für das interkantonale BENEFRI-Departement für Erdwissenschaften, wo nach der erfolgten Koordination der Lehre mit dem gemeinsamen Diplom auch zunehmend die Zusammenarbeit in der Forschung verstärkt wird.

Durch die Aufkündigung der interkantonalen Vereinbarung CUSO durch den Kanton Bern wird hier eine für mehrere Fächer wertvolle Zusammenarbeit abgebaut.

In mehreren Fächern und Instituten wird die Zusammenarbeit bei europäischen und EU-Projekten gesucht und vertieft. Die Nichtmitgliedschaft der Schweiz in der EU wirkt sich hier nachteilig aus.

Nachwuchsförderung: Für 16 Nachwuchsleute konnte die Fakultät 1999 die *venia docendi* beantragen und weitere fünf Habilitationsgesuche sind zurzeit noch in Bearbeitung. Allein diese stattliche Zahl von Habilitationen bezeugt, dass junge Leute an unserer Fakultät gefördert werden.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Mit der Berufung von Frau Professorin Isabel Roditi zählen wir nun vier ordentliche Professorinnen, was einem Frauenanteil von 6 Prozent entspricht.

Schlussfolgerungen – Perspektiven: Das Ausstehen des Regierungsratsbeschlusses zur Umsetzung der Zielvorgaben der Portfo-

lio-Analyse bewirkte, dass die strategische Fakultätsplanung zum Stillstand kam. Als beste Perspektive sieht die Fakultät eine baldmögliche Verabschiedung dieses Regierungsratsbeschlusses und die anschliessende Realisierung der eingangs erwähnten ausgearbeiteten Grundlagen.

1.2.8 Konferenz der gesamtuniversitären Einheiten

Interfakultäre Koordinationsstelle für allgemeine Ökologie (IKAO): Im Berichtsjahr waren über 400 Studierende eingeschrieben. Markant angestiegen ist die Zahl der Abschlüsse – 44 Studierende aus vier Fakultäten haben 1998/99 den Studiengang abgeschlossen. Fortgeführt wurde gemeinsam mit anderen Universitäten die berufsbegleitende Weiterbildung mit Kursen zu Umweltrecht, Grundlagen umweltverantwortlichen Handelns, Nachhaltiger Entwicklung, Regionalisierung – Ausweg aus der Globalisierungsfalle usw. In der Forschung liefen Projekte zum Beispiel zu Umwelt und Verkehr, Biomarker, Interdisziplinarität sowie Regional- und Landschaftsentwicklung. Immer im Zentrum steht das umweltverantwortliche Handeln.

Interfakultäre Einrichtung für Weiterbildung (IEWB): Die ausgelaufenen Sondermassnahmen des Bundes haben sich nachhaltig ausgewirkt; die meisten bisher vom Bund subventionierten Programme werden weitergeführt. Die Teilnehmergebühren wurden in den letzten Jahren systematisch erhöht und erreichen im Vergleich im Wirtschaftsraum Mittelland die höchsten Werte. Die Interfakultäre Einrichtung für Weiterbildung hat sich als Unterstützungsstruktur und akademische Einheit etabliert. Die Selbstfinanzierung der Weiterbildung stösst jedoch an Grenzen: Die an sich günstigen Perspektiven der Weiterbildung hängen somit wesentlich davon ab, welchen bildungspolitischen und finanziellen Stellenwert die Universität ihr gibt und geben will.

Institut für Sport und Sportwissenschaft (ISSW): Nach einer langen Phase der Rechtsunsicherheit konnten die Zuständigkeiten und Aufgaben mit dem neuen «Reglement für die Kommission und das Institut für Sport und Sportwissenschaft ISSW» bestätigt bzw. neu geregelt werden. Der Universitätssport kann auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Die Arbeit in der Lehr- und Forschungsabteilung ist durch intensive Studienreformen geprägt worden. Obwohl die Lehranteile des Instituts in der Phase des Übergangs vom eidgenössischen Diplom- zum integrierten Lizenziats- und Lehramtsstudium relativ hoch sind, zeichnen sich erfreuliche Akzentverschiebungen zu Gunsten der sportwissenschaftlichen Forschung ab.

Akademische Kommission (AK)/Collegium generale: Die AK nimmt aktuelle Fragen und Probleme der Gesellschaft auf und bearbeitet sie fächerübergreifend: Jugend und Umwelt und Absturz im freien Fall oder Anlauf zu neuen Höhenflügen sind Beispiele für Forschungsprojekte, die von der AK initiiert wurden. Das Collegium generale führte fächerübergreifende und allgemein bildende Veranstaltungen für die Universitätsangehörigen und eine breitere Öffentlichkeit durch: Themen waren unter anderem «Reiz und Fremde jüdischer Kultur: 150 Jahre jüdische Gemeinden im Kanton Bern» und «Die Zukunft der Natur- und Kulturwissenschaften».

1.2.9 Konferenz der Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Aktuelle Situation: Die Zusammenarbeit zwischen Stamminstitutionen der Konferenz der Lehrerinnen- und Lehrerbildung (Abteilung für das Höhere Lehramt AHL, Sekundarlehramt SLA, Centre de formation du brevet secondaire BES) und Gastinstitutionen (Pädagogisches Institut, Institut für Sport und Sportwissenschaft ISSW) verläuft weiterhin gut, wobei die Stamminstitutionen zunehmend in die Neustrukturierung der kantonalbernerischen Lehre-

rinnen- und Lehrerbildung (LLB) und in BEJUNE eingebunden werden.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Das Studienangebot soll trotz der starken Beanspruchung durch den Übergang zur neuen LLB ungeschmälert und mit guter Qualität weiterlaufen. Als wirkungsvoll erweist sich die Bündelung von Forschung und Entwicklung sowie der Weiterbildung für Schulen und Lehrkräfte in Kompetenzzentren (AHL: «web – Weiterbildung, Entwicklung, Beratung»; SLA: Forschungsstelle für Schulpädagogik und Fachdidaktik). Grosser Nachfrage aus der ganzen Schweiz erfreut sich das hauptsächlich von der Konferenz der Lehrerbildungsinstitutionen getragene Nachdiplomstudium für Fachdidaktik; 1999 haben zwei weitere Studiengänge begonnen.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Weiterhin besteht eine starke Nachfrage nach dem Studium an SLA und AHL; beide Institutionen nahmen deswegen interne Umlagerungen vor und wurden aus Universitätsmitteln unterstützt. Das BES weist stabile Studierendenzahlen auf.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Die AHL arbeitet in den Fachdidaktiken eng mit der Universität Freiburg zusammen. In einzelnen Forschungs- und Entwicklungsprojekten kooperiert die Konferenz der Lehrerbildungsinstitutionen mit anderen schweizerischen Hochschulinstitutionen.

Nachwuchsförderung und Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Die beiden Nachwuchsstellen der Konferenz der Lehrerbildungsinstitutionen sind mit Frauen besetzt.

Perspektiven: Die Konferenz der Lehrerbildungsinstitutionen möchte in Fragen der neuen LLB enger mit der Universitätsleitung und den Fakultäten zusammenarbeiten. Vorrangiges Ziel ist es, die unsichere berufliche Zukunft vieler Dozierenden der Konferenz der Lehrerbildungsinstitutionen zu klären.

1.3 Spezialbereiche

Planung: Im Berichtsjahr befasste sich die Planungskommission schwergewichtig mit der Studierendenplanung 2001/02, welche auf Grund der doppelten Maturandenjahrgänge notwendig wurde. Daneben moderierte sie den Unterstützungsprozess für Berner Projekte des NF-Programms «Nationale Forschungsschwerpunkte» und führte die Jahresplanung gemäss Vorgaben der Schweizerischen Hochschulkonferenz durch.

Finanzen: Der Gesamtaufwand der Universität stieg 1999 im Vergleich zum Vorjahr um 7 Mio. Franken, wovon 4,8 Mio. Franken auf Personalkosten und 2,7 Mio. Franken auf IUV-Beiträge (Interkantonale Universitäts-Vereinbarung) entfallen. Die Erträge stiegen um 12 Mio. Franken. Die Verbesserung ist den neuen IUV-Beiträgen zuzuschreiben. Insgesamt sank die Belastung des Kantons durch die Universitätsrechnung von 277 Mio. Franken 1998 auf 272 Mio. Franken.

Personal: Erstmals wurde per 1. Januar 1999 der Gehaltsstufenaufstieg auf Grund der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbeurteilung durchgeführt. Der für den Leistungsaufstieg zur Verfügung stehende Betrag (etwa 1,5% der Lohnsumme) wurde auf die Einheiten verteilt. Im Interesse der Mitarbeitenden hat die Universität diesen Betrag optimal ausgeschöpft. Mit der neuen Universitätsverordnung verbinden sich verschiedene Änderungen im Personalbereich, welche vorab den Übergang von Kompetenzen von der Erziehungsdirektion an die Universität im Bereich Ernennungsverhandlungen mit Dozierenden und Behandlung von Forschungsurlauben betreffen.

Evaluation: Das Berichtsjahr war die erste Aktivitätsperiode der 1998 neu gewählten Kommission für Berichterstattung und Evaluation. In dieser Zeitspanne hat die Kommission eine Geschäftsordnung beschlossen, das gesamtuniversitäre Reportingwesen koor-

diniert und ein Pilotprojekt «Lehrevaluation» durchgeführt. Zurzeit wird an der Einführung einer elektronischen Forschungsdatenbank gearbeitet, und es liegt ein erster Entwurf für ein Evaluationsreglement vor.

Bibliothekswesen: Die Tätigkeiten in diesem Bereich waren geprägt durch die Umstellung auf die neue Bibliothekssoftware Aleph und die Arbeit am Projekt eines Konsortiums der Schweizer Hochschulbibliotheken. Die Einführung von Aleph geht planmässig voran, und die Vorteile des neuen Systems überzeugen. Das vorgesehene Konsortium betrifft in erster Linie eine gesamtschweizerische Zusammenarbeit im Bereich der elektronischen Informationsressourcen. Angestrebt wird ein zentraler Einkauf bei gemeinsamer Nutzung.

Bau und Raum: Der Neubau des Laborgebäudes Zoologie an der Baltzerstrasse schreitet planmässig voran. Ebenfalls im Bau ist die Sanierung der Bibliothek der Chemischen Institute und des Instituts für Sport und Sportwissenschaft. Mit dem Neubau des Informationspavillons der Botanischen Institute konnte mit einiger Verzögerung begonnen werden. Der Grosse Rat hat am 30. Juli 1999 den Ausführungskredit für die Sanierung des Hauptgebäudes genehmigt. Die Arbeiten werden in den Jahren 2000/01 ausgeführt mit dem Ziel, das erweiterte Hörraumangebot zur Aufnahme des doppelten Maturandenjahrgangs zur Verfügung zu haben. Verschiedene grössere Planungen sind in Arbeit.

Nachwuchsförderung: Die wichtigste Aktivität der Kommission für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses bestand in der Begleitung des Förderungsprogramms des Bundes. Im Verlauf des Berichtsjahres wurden über dieses Programm insgesamt 27 Personen, darunter 15 Frauen, unterstützt. Erfreulicherweise wird dieses Instrument in der Planungsperiode 2000–2003 weitergeführt. Neu lanciert wurde zudem das Programm der Förderungsprofessuren des Schweizerischen Nationalfonds. Die Forschungskommission konnte 44 Nationalfonds-Stipendien zusprechen.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Das seit dem 1. Januar 1995 gesamtuniversitär verbindliche Reglement für die Gleichstellung von Frauen und Männern erweist sich für die Umsetzung der Postulate von Gleichstellung und Frauenförderung als sehr nützlich und brauchbares Instrument. Mit der Wahl von vier neuen Professorinnen im Berichtsjahr konnte der Frauenanteil auf dieser Ebene erneut verbessert werden. Es bedarf aber noch weiterer Bemühungen, damit in absehbarer Zeit bei den Professuren ein einigermaßen ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter erreicht werden kann. Einen wesentlichen Schwerpunkt in der Arbeit der Abteilung für die Gleichstellung bildete deshalb auch in diesem Jahr die Förderung weiblicher Nachwuchskräfte (Beratungen, Kurse, Sonderveranstaltungen, Mitarbeit in der Kommission für Nachwuchsförderung).

Rekurskommission: Seit Aufnahme ihrer Tätigkeit im Wintersemester 1998/99 hatte sich die Rekurskommission ausschliesslich mit Beschwerdeverfahren gemäss Artikel 76 Absatz 1 des Gesetzes über die Universität zu befassen. Untersuchungen zu Verfahren auf Entzug eines akademischen Titels waren keine durchzuführen. Ebenso wenig waren umstrittene Gesuche Dritter an die Universität und ihre Einheiten um Auskunftserteilung zu entscheiden. Insgesamt wurden vom 1. September 1998 bis Ende Dezember 1999 43 Beschwerden eingereicht. Der grösste Teil davon richtete sich gegen die rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät (15), die philosophisch-historische Fakultät (12) und die philosophisch-naturwissenschaftliche Fakultät (10). 35 Fälle konnten bis Ende 1999 erledigt werden. 13 Fälle wurden durch Urteil der Kommission entschieden: 5 Beschwerden wurden gutgeheissen, 8 abgewiesen. 22 Verfahren wurden durch Vergleich, Abstand oder Beschwerderückzug gegenstandslos. 8 Beschwerden waren Ende Dezember 1999 noch bei der Rekurskommission hängig. 3 Entscheide wurden oberinstanzlich angefochten. 2 Beschwerden wurden von der kantonalen Erziehungsdirektion abgewiesen. Je ein Fall war Ende 1999 noch bei der Erziehungsdirektion und beim Verwaltungsgericht hängig.

1.4 Die vertretungsberechtigten Gruppierungen

Die Mittelbauvereinigung der Universität Bern (MVUB) mit den beiden unabhängigen Sektionen Verband der Dozentinnen und Dozenten (VDD) und Verband der Assistentinnen und Assistenten (VAA) bilden zusammen mit der Vereinigung der Studierenden der Universität Bern (SUB) die vertretungsberechtigten Gruppierungen der Universität Bern.

MVUB: Die MVUB hat die Informationsvermittlung an die Mitglieder durch Etablierung einer regelmässig aktualisierten «home page» verbessert. Geschäfte, die beide Kategorien (Dozentinnen und Dozenten, Assistentinnen und Assistenten) betrafen, wurden vom gemeinsamen Vorstand behandelt. Ein wichtiges Geschäft betraf den Versuch der Inselleitung, das Departement Klinische Forschung in die Strukturen der Insel zu integrieren. Dies hätte für Mittelbauangehörige eine Ausgliederung aus der Universität bedeutet. Die MVUB hat sich früh und stark gegen dieses Unterfangen gewehrt, indem sie in einem konstruktiven Gespräch mit der Universitätsleitung die möglichen schwer wiegenden Folgen für Mittelbauangehörige darlegte. Es ist nun glücklicherweise entschieden worden, dass das Departement Klinische Forschung bei der Universität bleibt. Durch die zunehmende Zahl von Studierenden und die verkürzte Anstellungsdauer für Assistentinnen und Assistenten, Oberassistentinnen und Oberassistenten hat sich der Druck auf die Mittelbauangehörigen erhöht. Im Hinblick auf den doppelten Maturandenjahrgang 2001 wird sich diese Situation noch weiter verschärfen. Die MVUB wird sich dafür einsetzen, dass ein angemessener Teil der zusätzlichen Mittel für Mittelbauangehörige eingesetzt wird. Ein wichtiges Anliegen ist es, den Kontakt zu den Mittelbauangehörigen der verschiedenen Fakultäten zu intensivieren. Die MVUB strebt eine starke Präsenz und eine einheitliche Strategie zur Verbesserung der Stellung des Mittelbaus an der Universität Bern an.

1.4.1 Verband der Dozentinnen und Dozenten (VDD)

Der VDD hat sich im Berichtsjahr weiterhin für eine Stärkung der Stellung der Titularprofessur eingesetzt. Wichtige Anliegen sollen bei der in Aussicht gestellten Revision des Statuts der Universität eingebracht werden. Ein wichtiges Thema war auch die Verkürzung der maximalen Anstellungsdauer von Assistentinnen und Assistenten, Oberassistentinnen und Oberassistenten. Diese Neuregelung führte zu gravierenden Problemen für Mitglieder des VDD, indem in einem Fall das Arbeitsverhältnis kurz vor dem Abschluss der Habilitation aufgelöst werden sollte. Dank eines Vorstosses durch den VDD konnte eine grosszügige Auslegung der Bestimmungen erreicht und damit die Habilitation des Betroffenen sichergestellt werden. Es muss auch in Zukunft darauf geachtet werden, dass dieser Entscheid wegweisend für ähnlich gelagerte Fälle sein wird. Wohl das wichtigste und immer wieder diskutierte Thema sind die mangelnden Perspektiven für junge Dozierende, die trotz besten Qualifikationen in Lehre und Forschung kaum Möglichkeiten haben, eine angemessene Stelle zu finden.

1.4.2 Verband der Assistentinnen und Assistenten (VAA)

Der VAA hat im Berichtsjahr weiterhin das Ziel verfolgt, die Arbeitsbedingungen und beruflichen Perspektiven der Assistentinnen und Assistenten unter erheblich erschwerten Rahmenbedingungen zu beobachten und gegebenenfalls auf ihre Verbesserung hinzuwirken. Durch weiter steigende Studierendenzahlen, Schwerpunktverlagerungen in Richtung Grundstudium und den erhöhten Druck, früher abzuschliessen, vergrössert sich die Belastung des unteren Mittelbaus massiv. Der VAA setzt sich daher nicht zuletzt dafür ein,

dass die zusätzlichen Mittel, die der Universität für die Bewältigung der doppelten Maturandenjahrgänge ab Wintersemester 2001/02 zur Verfügung gestellt werden, schwerpunktmässig im unteren Mittelbau eingesetzt werden. Für den akademischen Nachwuchs der Universität Bern müssen darüber hinaus mittelfristig neue berufliche Perspektiven geschaffen werden.

Weiterhin ist der VAA in Angelegenheiten der universitären Mitbestimmung des Mittelbaus aktiv. Es wird daran gearbeitet, die Mitbestimmungsrechte in Fakultäten und Instituten auszubauen und den VAA auch unterhalb der gesamtuniversitären Ebene institutionell zu verankern.

1.4.3 **Vereinigung der Studierenden der Universität Bern (SUB)**

Die Vereinigung der Studierenden der Universität Bern (SUB) konzentrierte ihre diesjährigen Bestrebungen vor allem auf folgende thematischen Schwerpunkte: Evaluation, das achte Sparpaket und den Numerus Clausus. Die SUB hat sich sehr intensiv mit der gesamtuniversitären Evaluation auseinander gesetzt. Dank der Bildung einer Arbeitsgruppe zu dieser Thematik ist es ihr gelungen, eine auf ein breites Fächerspektrum abgestützte, studentische Position der Evaluation zu erarbeiten. Dabei hat sie sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Einbezug der Studierenden in sämtlichen Bereichen der Evaluation gewährleistet bleibt. Zudem werden in

Zukunft die Evaluationsresultate mit der für Verbesserungen notwendigen Transparenz allen Betroffenen zugänglich gemacht.

Die SUB hat sich aktiv in Zusammenarbeit mit dem «HALT-Komitee» gegen das achte Sparpaket eingesetzt. Die vom Grossen Rat überwiesene Vorlage konfrontiert die Universität mit weiteren Sparzwängen, ohne auf die strategische Planung der Universität einzugehen und damit überlegte Sparmassnahmen aufzuzeigen. Dies gefährdet die qualitativ hoch stehende Lehre und Forschung an der Universität Bern.

Die SUB befasste sich auch dieses Jahr wieder mit dem generellen Numerus Clausus. Es hat sich eine Gruppe von Gegnerinnen und Gegnern zusammengetan, der die Aufrechterhaltung einer für alle zugänglichen Bildung am Herzen liegt. Sie setzt sich gegen die geplante gesetzliche Grundlage der Zulassungsbeschränkung in allen universitären Disziplinen ein und erwägt im schlimmsten Fall, das Volk zu Rate zu ziehen. Weiterhin trug die SUB den studentischen Bedürfnissen durch ihr spezielles Dienstleistungsangebot Rechnung. Zudem veranstaltete sie traditionellerweise ihre Informationsveranstaltungen sowohl für Erstsemestrige wie auch für Mittelschülerinnen und Mittelschüler sowie das Unifest.

Bern, 1. Februar 2000

Im Namen des Senats
Der Rektor: *Schäublin*

